

ZUR PROBLEMATIK DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT AUS DER SICHT DES BILDUNGSWESENS

Zusammenfassung des Kurzreferats von Beat W. Zemp, Zentralpräsident des LCH und Präsident der Ebenrain-Konferenz, anlässlich der Sessionsveranstaltung der Parlamentarischen Gruppe für Arbeit vom 1. Juni 2005.

1. DIE FAKTEN ZUR JUGENDARBEITSLOSIGKEIT ANERKENNEN

Die Probleme bei der Jugendarbeitslosigkeit sind seit längerer Zeit bekannt und durch neuere Studien hinreichend belegt (AMOSA – Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug; Situationsanalyse September 2004; seco-Arbeitsmarktstatistik der 15- bis 24-jährigen; Erklärungen und Massnahmen des EVD/DFE vom Februar 2005). Zusammenfassend kann man sagen:

- Es hat immer noch zu wenig Lehrstellen, so dass jedes Jahr Tausende von Schulabgängern keine Lehrstelle finden und damit keinen Abschluss auf der Sekundarstufe II haben.
- Die demografische Entwicklung wird das Problem bis 2008 zusätzlich verschärfen, weil gemäss BfS mit einer weiteren Zunahme der Lernenden auf der Sekundarstufe II zu rechnen ist und der Übergang der Wartenden in schulischen Ausbildungen das Problem noch verlängern wird.
- Die Jugendarbeitslosigkeit verharrt für schweizerische Verhältnisse mit 6 % bei den 20- bis 24-jährigen auf hohem Niveau, bei den 15- bis 19-jährigen ist sie etwas tiefer. Während die letzte Gruppe nach der obligatorischen Schule keine Lehrstelle findet, gelingt es der ersten Gruppe trotz Berufsabschluss nicht, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- Etwa die Hälfte aller Jugendlichen ohne Arbeit sind zudem nicht bei den RAV gemeldet und tauchen daher in der offiziellen RAV-Statistik gar nicht auf. Gemäss Schweizerischer Arbeitskräfteerhebung des Bundesamtes für Statistik waren im letzten Jahr rund 38'500 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren bei einem RAV zur Stellensuche gemeldet. Die tatsächliche Zahl ist daher noch höher.
- Am meisten betroffen sind die kaufmännischen Büroberufe und der Verkauf.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Mit Appellen an die Wirtschaft zur Schaffung von Lehrstellen und zur Übernahme von Ausgelernten in ein Beschäftigungsverhältnis ist es nicht getan.

2. PROBLEME WEDER SCHÖN REDEN NOCH DRAMATISIEREN UND SCHWARZPETER-SPIEL BEENDEN

Die Reaktionen auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit reichen von ignorieren („Das Problem löst sich beim nächsten Konjunkturaufschwung von selber“) über verharmlosen („Im Ausland ist alles viel schlimmer“) bis hin zu dramatisieren („Jeder jugendliche Arbeitsloser ist eine soziale Zeitbombe“). Und wie bei ähnlichen Problemen in anderen Bereichen gibt es auch hier zwei bekannte Reaktionsmuster: Das Schwarzpeter-Spiel und die Heilsrezepte. Beides führt uns nicht weiter. Statt sich den schwarzen Peter untereinander weiter zu reichen oder lautstark einfache Heilsrezepte zu verkünden, sollten sich alle Beteiligten lieber an einen Tisch setzen und nach konkreten Lösungen suchen. Agieren statt reagieren ist angesagt, nicht nur in der Westschweiz und im Tessin, wo die Arbeitslosenquote deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt liegen und daher besondere Anstrengungen unternommen wurden: Das innovative Modell der Motivationssemester SEMO (Kombination von Praxisausbildung in einer Lehrwerkstatt und Theorieausbildung in Sprache und Mathematik) geht auf den Kanton Wallis zurück und wird in der ganzen Westschweiz mit Erfolg praktiziert. Im Kanton Tessin haben sich die Lehrstelleninspektoren als erfolgreiche „Türklinkenputzer“ betätigt und so für genügend neue Lehrstellen sorgen können. Solche erfolgreichen Modelle müssen flächendeckend eingeführt und weiter umgesetzt werden.

3. DIE EMPFEHLUNGEN DER EXPERTEN UMSETZEN

In Deutschland ist die Situation betr. Jugendarbeitslosigkeit mit der Schweiz vergleichbar. Das deutsche Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit hat 1999 Richtlinien für ein Sofortprogramm zum effektiven Abbau von Jugendarbeitslosigkeit erarbeitet; es umfasst Leistungen in 11 Bereichen, die zu Gunsten Jugendlicher bis zum 25. Lebensjahr erbracht werden. Im November 2003 ist dieses Sofortprogramm aktualisiert und weiterhin in Kraft gesetzt worden.

In der Schweiz sind nach der Ablehnung der Lehrstelleninitiative im Mai 2003 zwar einige Anstrengungen unternommen worden, um die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen. Der Erfolg dieser Bemühungen ist aber noch bescheiden angesichts der steigenden Dimension der Jugendarbeitslosigkeit. An Ideen und Empfehlungen mangelt es zwar auch in der Schweiz nicht. Doch fehlt auf Behördenseite, bei den Kantonen und bei der Wirtschaft die konsequente Umsetzung aller Massnahmen und Empfehlungen. Und die bundesrätlichen Appelle an die Wirtschaft haben bisher das Problem ebenso wenig gelöst wie das Warten auf den Aufschwung. Im Gegenteil: Die angespannte Situation hat zu sinkenden Lehrlingslöhnen und vereinzelt gar zu Verkaufsangeboten von Lehrstellen geführt.

Als besonders erfolgversprechend für den Übergang von der Schulwelt in die Berufsausbildung sind folgende Massnahmen zu betrachten:

- ein professionelles „Case-Management“ von Jugendlichen mit schwachen Schulleistungen
- die Einführung von nachhaltigen Mentoringansätzen („Ältere für Jüngere“ u.a. unter Einbezug von Service Clubs wie Kiwanis, Rotary, Lions u.a.)
- Portfolio-Ansätze für Jugendliche, die sich bewerben und eine Hilfe bei der Stellenbewerbung in Familien aus bildungsfernem Milieu oder mit Migrationshintergrund
- Ausbau von Brückenangeboten, die auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden und einen zielführenden Bildungsauftrag haben
- Unterstützung Jugendlicher durch die ALV bei der Lehrstellensuche (z.B. durch Motivationssemester).

Wenn dies alles nicht weiter hilft, müssen auch härtere Massnahmen ins Auge gefasst werden, wie die Schaffung von allgemein verbindlichen Berufsbildungsfonds innerhalb der Branchen, um das „Trittbrettfahren“ (man bezieht ausgebildete Lehrlinge vom Arbeitsmarkt, bildet selber aber keine aus) unattraktiver zu machen.

4. BESSERE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND BILDUNGSPOLITIK

Dringend notwendig ist ein besserer Übergang von der Schulwelt in die Berufsausbildung bzw. in die Erwerbswelt. Der heute praktizierte Bewerbungs-Marathon ist für viele Jugendlichen frustrierend und für das Bildungswesen schädlich. Dadurch wird den Jugendlichen signalisiert, dass die Gesellschaft und die Wirtschaft sie nicht will bzw. nicht brauchen kann, was verheerende Langzeitfolgen hat. Die vielen auserschulischen Tests entwerten zudem die offiziellen Schulzeugnisse und sind unfair, wenn sie nicht auf einen „Kernlehrplan“ aller Kantone abgestimmt sind. Sie benachteiligen insbesondere Realschüler, da die meisten Eignungstests auf die Lehrpläne der Sekundarschulen Bezug nehmen. Eine bessere Zusammenarbeit im Viereck Volksschule – Berufsbildung – Wirtschaft – Arbeitsmarktbehörde ist dringend notwendig, um die heutige unbefriedigende Situation beim Übergang von der Schule in die Lehre zu verbessern. Dazu muss auch das Bildungswesen seinen Teil beitragen indem vermehrt standardisierte Beurteilungssysteme während der Schulzeit eingesetzt werden.

5. „PFLICHT UND KÜR“ NICHT NUR IM EISLAUFEN SONDERN AUCH AN DEN SCHULEN

Durch eine kantonsübergreifende Standardisierung der zu erreichenden Mindestlernziele (EDK-Projekt HarmoS) und eine Flexibilisierung des Übertritts von der Schulwelt in die Berufswelt bei Erreichung eines verbindlichen Austrittsniveaus könnten wesentliche Verbesserungen beim Übertritt von der Schule in die Berufswelt erzielt werden. Voraussetzung dafür ist aber ein konsequentes „mastery learning“ (ein zielerreichendes insistierendes Lernen), das nicht nur in Schuljahren und Jahrgangsklassen misst sondern auf nachhaltig zu erreichende Mindestlernziele und individuelle Kompetenzprofile setzt. Parallel dazu sorgt eine konsequente Potenzialentwicklung bei den Lernenden für die Förderung ihrer individuellen Stärken. Diese Unterscheidung in einen „Pflichtteil“ (Erreichen von Mindestlernzielen für alle) und einen „Kürteil“ (Potenzialentwicklung durch Schulung der individuellen Stärken) muss als Alternative zum heutigen unbefriedigenden Notenkompensationsverfahren geprüft werden. Die konventionellen Schulzeugnisse dienen ohne Orientierung an einem klaren und interkantonalen Referenzrahmen weder den Jugendlichen noch der Wirtschaft.

Die Schulen brauchen für diesen Quantensprung im Bereich der Qualitätssicherung, Leistungsbeurteilung und Leistungsmessung nicht nur kantonsübergreifende Bildungsstandards und Testverfahren in allen Fächern sondern auch genügend Ressourcen, um diese anspruchsvollen Diagnose- und Testaufgaben samt Fördermassnahmen für jeden Lernenden durchführen zu können. In diese Richtung gehen Projekte wie das „Stellwerk“, ein Internet-Testsystem für Lernende Mitte der 8.Klasse, das im kommenden Jahr in den Kantonen Zürich (in Pilotschulen) und St. Gallen eingeführt wird. „Stellwerk“ ermöglicht es den Schülern, ihre Fähigkeiten in den Fächern Deutsch, Mathematik, Französisch, Englisch und Naturwissenschaften on-line zu prüfen und so individuelle Kompetenzprofile zu ermitteln und Fördermassnahmen zu planen. Grundlage bildet ein Referenzrahmen, in dem die Kompetenzen auf drei Niveaus beschrieben werden. Statt zusätzliche firmeneigene schulische Leistungstests bei der Lehrstellenbewerbung zu verlangen, können sich Firmen dann auf die Überprüfung der persönlichen Eignung und der Motivation von Lehrstellenbewerbern beschränken.

6. VERGLEICHBARE ARBEITS- UND UNTERRICHTSBEDINGUNGEN WIE BEI DEN PISA-SPITZENLÄNDERN SCHAFFEN

Die Resultate der Schweizer Jugendlichen im PISA-Test werden immer wieder mit dem Spitzenplatz von Finnland verglichen. Auch wenn die Resultate der Schweiz insbesondere in den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften und Problemlösen gut bis sehr gut ausgefallen sind, so hat PISA dennoch eine Reihe von Problemen und Schwächen aufgedeckt (mangelnde Lesefähigkeit und soziale Integration von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund). Solche „Output“-Vergleiche sind aber nur sinnvoll, wenn man gleichzeitig auch die „Input“-Faktoren, also die konkreten Unterrichtsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler und die Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen vergleicht. Und hier schneidet die Schweiz im Vergleich zu Finnland schlecht ab (bis zu 40 % höheres Pflichtpensum für Lehrkräfte, weniger Betreuungs- und Lehrpersonal pro Klasse, zehnmal mehr fremdsprachige Kinder und Jugendliche aus vielen Ethnien, dreimal mehr Unterrichtsfächer für eine Lehrperson als in Finnland usw.). In Finnland gibt es neben den Klassenlehrern und Fachlehrern professionelle Schulleitungen, Schulassistenten, Schulpsychologen, Gesundheitsfürsorgerinnen, Sonderpädagogen, Kuratoren und Schullaufbahnberater. Wer einen Spitzenplatz der Schweiz im PISA-Test fordert, muss gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Unterrichts- und Arbeitsbedingungen an Schweizer Schulen Spitze sind.

7. BESONDERE ANSTRENGUNGEN FÜR DIE „RISIKOSCHÜLER-/INNEN“ AUS BILDUNGSFERNEN SCHICHTEN

Verschiedene Studien belegen, dass eine ungenügende Bildung zu den grössten Armutsrissen gehört, auch in der Schweiz. Ein wichtiger Grundstein für die „Armutskarriere“ wird an der Schwelle zum Berufseinstieg gelegt vor allem für diejenigen, die im PISA-Test zu den „Risikoschüler(innen)“ gehören. Das sind gemäss PISA 2003 16 % eines Jahrgangs in der Schweiz! Sie stammen aus bildungsfernen Schichten und haben oft einen Migrationshintergrund. PISA konnte nachweisen, dass die Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozioökonomischen Herkunft sehr gross ist und vor allem an Realschulen weit verbreitet ist. Die Kompetenzen dieser jungen Leute reichen gemäss PISA-Studie in der Regel nicht aus, um eine Berufslehre erfolgreich zu absolvieren.

Wer aber beruflich nicht Tritt fasst, ist auf Sozialhilfe angewiesen. Es ist erschreckend, wenn solche Jugendliche als „Berufswunsch“ IV-Rentner oder Sozialhilfeempfänger angeben – nicht aus Zynismus sondern mangels anderer Alternativen! Diese Menschen werden auf ein Abstellgleis gestellt und haben keine Chance mehr, ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen. Wenn wir nicht wollen, dass diese Jugendlichen ohne Grundausbildung in eine ungewisse berufliche Zukunft entlassen werden, müssen wir mehr berufliche Angebote für Bildungsschwache anbieten (z.B. eine zweijährige berufliche Grundbildung als niederschwelliges Angebot). Andernfalls sind Verarmung und damit Radikalisierungen eines Teils der jungen Erwachsenen, die keine Perspektive haben, unvermeidlich. Gerade junge Erwachsene benötigen in dieser wichtigen Lebensphase eine feste Arbeitsstruktur und das Gefühl, gebraucht zu werden.

Für das Bildungswesen bedeutet dies, auf die besonderen Bedürfnisse dieser Risikoschüler einzugehen, die nicht auf die familiäre Unterstützung zählen können. Neben der Verbesserung der fachlichen Kompetenzen ist auch die Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenzen anzustreben. Lehrmeister klagen oftmals nicht nur über schlecht ausgebildete Lehrlinge (insbesondere über mangelnde Lese- und Schreibfähigkeiten) sondern auch über fehlende Umgangsformen und über mangelnden Durchhaltewillen, der sich in einer zunehmenden Zahl von Lehrabbrüchen niederschlägt.

Mit der Einführung von Tagesstrukturen (Ganztagesschulen, Blockzeiten, Mittagstisch, Hausaufgabenhilfe) kann die Volksschule auf die besonderen Bedürfnisse dieser Jugendlichen gezielt eingehen. Fremdsprachige Jugendliche oder Kinder aus bildungsfernen Schichten sind nicht einfach dümmer als andere Kinder oder Jugendliche, sie brauchen aber eine bessere Betreuung und eine gezielte Förderung, um ihr Potenzial voll entwickeln zu können.

Das alles ist nicht gratis zu haben, ja es ist sogar teuer, wenn die Qualität stimmen soll. Aber diese Aufgabe aus Angst vor den Kosten einfach unerledigt liegen zu lassen, wird uns allen langfristig noch teurer zu stehen kommen. Daher müssen wir hier und heute handeln – und nicht nur debattieren!